



Medienmitteilung

Bern, 20. Oktober 2026

POSITIONSPAPIER

Faire Entlohnung und soziale Sicherheit für Kulturschaffende

Kultur trägt wesentlich zur Attraktivität, wirtschaftlichen Dynamik und dem sozialen Zusammenhalt der Städte bei. Entsprechend wichtig für sie sind gute Rahmenbedingungen für Kulturschaffende: faire Entlohnung und ausreichende soziale Absicherung. Mit ihrem Positionspapier legen der Schweizerische Städteverband (SSV) und die Städtekonferenz Kultur (SKK) eine Grundlage für konkrete Verbesserungen vor und laden Städte, Kantone und den Bund dazu ein, ihr Engagement politisch zu unterstützen.

Städte sind kulturelle Zentren: Rund 75% der Kulturinstitutionen befinden sich im urbanen Raum und die Städte subventionieren rund die Hälfte aller öffentlichen Kulturfinanzierung der Schweiz. Die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden ist für sie von besonderer Bedeutung. Mit dem Positionspapier «[Faire Entlohnung und soziale Sicherheit für die Kulturschaffenden](#)» des Schweizerischen Städteverbands (SSV) und der Städtekonferenz Kultur (SKK) zeigen die Städte auf, wie die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden verbessert werden können. Faire Arbeitsbedingungen, eine angemessene Entlohnung und eine gute soziale Absicherung sind nicht nur notwendig, um die Kontinuität des Kulturschaffens zu sichern, sondern auch, um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden zu gewährleisten. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen übernehmen die Städte Verantwortung, stärken ihre Vorreiterrolle und setzen zugleich Impulse für Anpassungen auf den anderen Staatsebenen.

Im Rahmen ihres Handlungsspielraums und ihrer finanziellen Möglichkeiten ergreifen Städte bereits heute verschiedene Massnahmen, um Kulturschaffende zu unterstützen. Bei der Projektförderung können jedoch in Zukunft Lohnkosten und Sozialversicherungsbeiträge verbindlich berücksichtigt und Subventionen an Institutionen an faire Arbeitsbedingungen geknüpft werden. Zudem können Städte Kulturschaffende gezielt über ihre Rechte informieren. Für eine nachhaltige Verbesserung braucht es jedoch gemeinsame Anstrengungen auf allen Staatsebenen. Da die Kantone 40% der öffentlichen Kulturfinanzierung der Schweiz tragen, ist es besonders wichtig, dass auch sie entsprechende Massnahmen übernehmen.

Bundesgesetzgebung für Kulturschaffende weiterentwickeln

Die Städte setzen sich zudem für eine Anpassung der nationalen Gesetzgebung ein, um die für den Kultursektor charakteristischen atypischen Laufbahnen besser anzuerkennen. Konkret geht es um längere Fristen zum Schliessen von Beitragslücken in der Altersvorsorge (AHV) und eine Senkung der Eintrittsschwelle des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG). Daneben fordern die Städte eine Anpassung des Sozialversicherungsrechts, um Beiträge zur beruflichen Vorsorge, Unfallversicherung und Krankentaggeldversicherung für Selbstständige zu sichern.

Auskunft

Benjamin Fröhlich, Leiter Kommunikation, medien@staedteverband.ch, 031 356 32 44

Léa Pacozzi, Geschäftsführerin Städtekonferenz Kultur, lea.pacozzi@staedteverband.ch, 031 356 32 45



Der **Schweizerische Städteverband** vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden. – Der Städteverband ist mit einer politischen Delegation am Nationalen Kulturdialog NKD auf der Politalebene vertreten.

Städtekonferenz Kultur, eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes

Die [Städtekonferenz Kultur \(SKK\)](#) ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Sie wurde 2010 gegründet und vereint die Kulturdelegierten aus 36 Schweizer Städten. Die SKK bearbeitet die Städte betreffende kulturpolitische Fragestellungen, vertritt die Interessen der Städte auf der Fachebene des Nationalen Kulturdialogs und fördert den Austausch unter den Mitgliedstädten und ihren Kulturverantwortlichen. Auf diese Weise trägt die SKK dazu bei, die Koordination und Kooperation zwischen den Städten zu stärken und die Interessen des städtischen Kulturlebens zu vertreten.